

**Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force** a. s. b. l.

REPRÉSENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS
LA LIGUE LUXEMBOURGEOISE DES MUTILÉS ET INVALIDES DE GUERRE 1940-45 - L'AMICALE
DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME

Organe officiel:
„Les Sacrifiés“
Bulletin mensuel

Boite postale No 2415
LUXEMBOURG-GARE

Compte chèque postal No 3 13 29

Luxembourg, le 19. September 1978
9, rue du Fort Elisabeth

An Herrn Holger BÖRNER,
Ministerpräsident vom Land Hessen
Bierstadter-Strasse 2
D- 6200 Wiesbaden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Erst heute liegen uns die von der luxemburgischen Regierung ausgedruckten offiziellen Texte der Reden vor, die anlässlich des ersten offiziellen Staatsbesuches unseres Herrscherhauses in die Bundesrepublik Deutschland, vom 28.02.77-04.03.77, gehalten wurden.

In seinen Reden hat unser Grossherzog die bittere Zeit der Naziterror-Herrschaft in Luxemburg gestreift.

Sie selbst haben u.a. gesagt, dass Sie nur wünschen können, dass die Schatten der Vergangenheit, mit der wir leben müssen, in den Hintergrund treten und die Beziehungen zwischen unseren Völkern von nachbarlicher Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen geprägt seien.

Sie wissen gewiss, dass zwischen Luxemburg und der BRD immer noch eine leidige Streiffrage in der Schwebe ist : DIE ZWANGSREKRUTIERTENFRAGE.

Unsere Jugend wurde 1942 entgegen allem Völker- und Menschenrecht in die Deutsche Wehrmacht gezwungen mit dem Zweck, die Jugend auszurotten, wie aus verschiedenen deutschen Papieren hervorgeht, um damit den Widerstand zu brechen. Unsere Jugend erfuhr viel Leid; und rund 29% erlitten den Tod durch diese Massnahme. Wegen drohender Sippenhaft und anderen schwerwiegenden und gewissenbelastenden Ueberlegungen musste sie gegen ihre eigenen Freunde kämpfen, welche die Alliierten waren, und auf deren Seite Luxemburg stand.

Die Bonner Regierung verschanzt sich hinter Gesetzestexten und Paragraphen, wenn das Problem erneut angeschnitten wird und setzt ein hartes NEIN entgegen. Das steht im Gegensatz zu Ihren oben erwähnten Ausführungen.

Wir kämpfen dafür, dass wir von der Bundesregierung und von Deutschland als NAZIOPFER anerkannt werden, und nicht als Kriegsoffer, so wie dies im Staats-"Schandvertrag" von 1950 festgehalten wurde. Es drängt sich eine Revision dieses Vertrages auf, damit die luxemburger Zwangsrekrutierten, die zutiefst in ihren elementaren Menschenrechten verletzt sind, endlich zu ihrem Recht kommen. Schöne, aber leere Worte dienen uns nicht.

Sie sprechen ebenfalls das Thema "Geeintes Europa" an. Unsere Föderation, die rund 12 000 lebende oder tote Zwangsrekrutierte und deren Angehörige vertritt, wird mit aller Vehemenz gegen ein vereintes Europa eintreten, dem die BRD angehört. Und dies solange, bis die BRD seine moralischen und finanziellen Schulden Luxemburg gegenüber getilgt hat.

Durch Ihre Aeusserungen ermutigt, bitten wir Sie andurch unsere Sache zu vertreten in Ihrem Lande Hessen, in Ihrer Partei und im Bonner Parlament. Wir hoffen gerne, dass Sie sich auch hier einsetzen, so wie Sie es in Ihrer Rede gegenüber unserem Staatsoberhaupt gesagt haben.

Für di F.V.N.E.F.
Der Präsident : Jos. WEIRICH

Hochachtungsvollst